

## **Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen**

Die Vergabestelle der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

### **1. Ansprechpartner für den Bereich der Vergabeverfahren**

Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern  
- Zentrale Vergabestelle -  
Königstraße 61  
76887 Bad Bergzabern  
Tel. 06343/701-118, Telefax: 06343/701-705

### **2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern**

Verbandsgemeindeverwaltung  
Bad Bergzabern  
-Datenschutzbeauftragter-  
Königstraße 61  
76887 Bad Bergzabern  
E-Mail: [Datenschutz@vgbza.de](mailto:Datenschutz@vgbza.de)  
Tel.: 06343/701-113

### **3. Rechtsgrundlage und Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten**

Die Zentrale Vergabestelle der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vergaberecht zu beachten.

Dazu gehören insbesondere:

- das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
- die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV),
- die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO),
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil A (VOB/A),
- die Landeshaushaltsordnung Rheinland-Pfalz (LHO) sowie
- die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Durchführung von Vergabeverfahren der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern und der Verbandsgemeindewerke Bad Bergzabern.

Unsere Aufgaben zur Durchführung der Vergabeverfahren ergeben sich aus und aufgrund der oben genannten rechtlichen Vorgaben gemäß derer insbesondere die Eignung der Bieter sowie deren Angebote im Hinblick auf das wirtschaftlichste Angebot zu prüfen sind.

Wir verarbeiten Ihre Daten bei der Durchführung von Vergabeverfahren zum Zweck der Prüfung von Teilnahmeanträgen, der Angebotsprüfung/-wertung und der Kommunikation mit den Teilnehmern. Ziel dabei ist es, das wirtschaftlichste Angebot bzw. die geeignetsten Bewerber zu ermitteln, um mit diesem einen Vertrag zu schließen. Weiterhin werden Ihre Daten nach der Beauftragung bei der Vertragsdurchführung/-abwicklung verarbeitet.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit.) b und c DSGVO.

Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

#### **4. Zu verarbeitende personenbezogene Daten**

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- persönliche Kontaktdaten und Namen von Bieter/Bewerbern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter/Bewerber (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur beruflichen Tätigkeit und Stellung des Bieters/Bewerbers,
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bieters/Bewerbern sowie
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen mit den Daten der Referenzgeber.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

#### **5. Verarbeitung dieser Daten**

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt. Die Verarbeitung erfolgt sowohl manuell als auch elektronisch.

#### **6. Weitergabe personenbezogener Daten**

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- unterlegenen Bietern werden auf Antrag der Name des erfolgreichen Bieters sowie die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes mitgeteilt,
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag

- erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen,
- bei EU-weiten Ausschreibungen werden der Name und die Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde, veröffentlicht,
- in Verfahren nach der VOB/A ist den Bietern und ihren Bevollmächtigten die Einsicht in die Niederschrift des Eröffnungstermins und ihre Nachträge zu gestatten; den Bietern sind nach Antragstellung die Namen der Bieter sowie die verlesenen und die nachgerechneten Endbeträge der Angebote sowie die Zahl ihrer Nebenangebote nach der rechnerischen Prüfung mitzuteilen,
- bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb nach UVgO ab einem Auftragswert von 80.000 Euro bzw. 40.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) wird für die Dauer von drei Monaten, bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 200.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und bei Freihändigen Vergaben ab einem Auftragswert von 40.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nach VOB/A wird für die Dauer von sechs Monaten über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert (Diese Information enthält zumindest auch den Namen des beauftragten Unternehmens.),
- die Stellen zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabeprüfstelle, Vergabekammer),
- Gerichte im Falle von Klagen,
- in den Verfahren von uns beauftragte Berater (Architekten, Planer, Ingenieure, juristische oder sonstige Berater) und
- mit der Vergabe und Vertragsausführung befasste Mitarbeiter.

## **7. Dauer der Verarbeitung und Aufbewahrung personenbezogener Daten**

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

## **8. Rechte der betroffenen Personen**

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO.

In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

- Recht auf Auskunft  
Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.
- Recht auf Berichtigung  
Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.
- Recht auf Löschung  
Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung  
Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.
- Recht auf Widerspruch  
Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.
- Recht auf Widerruf  
Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.
- Recht auf Beschwerde  
Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz (Postanschrift: Postfach 3040, 55020 Mainz),  
Telefon: 06131/8920-0,  
Telefax: 06131/8920-299,  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

Dies gilt unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe (Art. 77 DSGVO).

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage [www.vg-bad-bergzabern.de](http://www.vg-bad-bergzabern.de) -  
Datenschutzerklärung sowie auf der Homepage des Landesbeauftragten für den  
Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz unter [www.datenschutz.rlp.de](http://www.datenschutz.rlp.de).